Inhaltsverzeichnis

1. CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement .....
2. Transatlantic Trade and Investment Partnership .....
3. Seitenwechsler auf EU-Ebene .....
4. Businesseurope .....
5. European Services Forum .....
6. TTIP .....

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA) ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die bilateralen Verhandlungen starteten im Jahr 2009 und wurden im August 2014 beendet. Im September wurde der offizielle CETA-Text veröffentlicht. 2015 soll das Abkommen in Kraft treten, nachdem EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union, sowie das kanadische Parlament und die kanadischen Provinzen zugestimmt haben. Entgegen der Einschätzung der EU-Kommission bedarf CETA laut der Bundesregierung auch des einstimmigen Beschlusses durch die Mitgliedsstaaten.[1] Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte 2
1.1 Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks 3
2 Gesetzgebungsprozess 3
2.1 Akteure 3
2.2 Chronologie der Verhandlungen 3
2.3 Ratifizierung 4
3 Kritik an CETA 5
3.1 Allgemein 5
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung 6
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz 6
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen 6
3.5 Intransparente Verhandlungen 6
3.6 Lobbyeinflüsse 7
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS) 8
4 Studien 9
4.1 Pro CETA 9
4.2 Contra CETA 9
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 10
6 Einzelnachweise 10

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeipiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch

veränderte Nahrungsmittel sein.Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.[2] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks

Am 26. September 2014 hat die EU-Kommission den Vertrag veröffentlicht; das Dokument umfasst 1634 Seiten. [3]Zuvor gab es mehrere Veröffentlichungen von Texten, die Medien und NGOs zugespielt worden waren (sogenannte "Leaks"). Die ARD-Tagesschau veröffentlichte am 13. August 2014[4] den Text des Vertrages[5]. Weitere Texte wurden auf der Seite Netzpolitik.org veröffentlicht.[6] Es gibt einen weiteren Text-Entwurf aus dem Februar 2012, der an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.[7]

Gesetzgebungsprozess

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- Karel de Gucht, EU-Handelskommissar,
- Philipp Dupuis, stell. Hauptverhandlungsführer
- Mauro Petriccione, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Karel de Gucht vollzog 2015 einen Seitenwechsel in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.[8]

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Stephen Harper. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- Ed Fast, Minister für Internationalen Handel
- Steve Verheul, Hauptverhandlungsführer
- Ana Renart, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).
40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.[9]

Chronologie der Verhandlungen

Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: In der Folge gab es eine Vielzahl einzelner Abkommen. Seit 2008 wird immer deutlicher, dass beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen anstreben.[10]

Monat/ Jahr	Inhalt	Quelle
Oktober 2008	Die EU und Kanada erstellen eine gemeinsame Studie, welche in ihren Grundsätzen den Beginn der Verhandlungen unterstützt.	[11]
März 2009	In einem gemeinsamem Report werden die erhofften Potenziale eines Freihandelsabkommens darlegt.	
Mai 2009	Die Verhandlungen zu CETA werden im Rahmen des Kanada-EU-Gipfels in Prag (Tschechien) angekündigt.	
Oktober 2009	Die erste Verhandlungsrunde startet in Ottawa (Kanada). Es werden ein Zeitrahmen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen festgelegt.	
Dezember 2010	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich zu einer Bestandsaufnahme.	
Oktober 2011	Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	
November 2012	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich in Brüssel (Belgien), um eine weitere Bestandsaufnahme zu ziehen und über die verbleibenden Themen zu diskutieren.	
Februar 2013	Der europäische sowie der kanadische Handels- und Landwirtschaftsminister verhandelten in Ottawa über die letzten ausstehenden Themenbereiche.	
Oktober 2013	EU-Kommissionspräsident Barroso und Premierminister Harper verkünden, dass beide Seiten eine Einigung über CETA erzielt haben.	
25. September 2014	offizielle Vorstellung des CETA-Verhandlungstextes während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa	

Ratifizierung

Bis CETA in Krat treten kann, sind weitere Schritte notwendig. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich im September 2014 bei ihrer Anhörung im EU-Parlament dagegen aus, den vorliegenden Entwurf noch einmal nachzuverhandeln.[12]
Am 25. September 2014 sollen EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premierminister Harper das Akbommen offiziell bekannt geben; anschließend beginnt die Ratifizierung. Sicher ist, dass auf Seiten der EU sowohl das Europäische Parlament wie auch der Ministerrat zustimmen müssen.[13]
Unklar ist bislang noch, ob die Parlamente in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag ebenfalls ratifizieren müssen. Hierüber ist ein Streit zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission entbrannt. Während die EU-Kommission dies nicht für nötig erachtet, vertritt der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine gegensätzliche Ansicht. Da das Abkommen auch Bereiche umfasse, die der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen, sei es ein „gemischtes Abkommen“, dem der Bundestag per

Gesetz zustimmen müsse.[14] Diese Haltung wird von einem weiteren Rechtsgutachten gestützt, dass von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben wurde. [15]
Auch ein Rechtsgutachten das von attac in Auftrag gegeben wurde kommt zu dem Schluss, dass die EU keine alleinige Kompetenz zum Abschluss des CETA hat. Es gibt Bereiche in denen die Verbandskompetenz der EU problematisch ist, z.B. der Investitionschutz, Verkehr, Schutz des geistigen Eigentums etc. Zudem etabliert CETA einen administrativen Unterbau, das CETA Joint Commitee und eine Reihe spezialisierter Ausschüsse. Es ist fraglich ob dies mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten vereinbar ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der EU für zahlreiche Bereiche des CETA die Reglungskompetenz fehlt und sie weiterhin den Mitgliedsstaaten zufällt. Dies gelte vor allem für die Einrichtung der Regulierungsausschüsse, solange die Mitgliedsstaaten nicht repräsentiert sind. Diese Problematik könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass die Mitgliedsstaaten CETA im Europäischen Rat zustimmen. Die Kompetenzverteilung stehe nicht zur Disposition der Vertragsparteien.[16]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteueren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.[17]
Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.[18] Kandadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Havard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.[19]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung

betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.[20]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.[21]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das Trade Justice Network befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzliche in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.[22]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation WWF hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.[23]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustitzministerin Herta Däubler-Gmelin legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.[24]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche Interessensvertreter angehört. Kritiker bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbysiten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.[25]
Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)" konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul

und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.[11] Die EU gibt so gut wie keine Informationen über die Verhandlungen heraus. Auf der Webseite des Generaldirektorats finden sich lediglich allgemeine Informationen. Es gibt nicht einmal eine Chronologie der Verhandlungen oder allgemeine Informationen zu den Treffen zwischen Unterhändlern der EU und Lobbyisten.[26] Der Text des Vertrages ist immer noch nicht für die Europa-Parlamentarier einsehbar. Däubler-Gmelin weist darauf hin, dass den deutschen Bundesländern nur eine sehr kurze Zeit für Stellungnahmen eingeräumt wurde, obwohl der Text gravierend in ihre Zuständigkeiten und Rechte eingreife. Sie weist ferner darauf hin, dass bei zukünftigen Gesetzgebungen die Staaten dazu verpflichtet werden sollen, umfassend über ihre Gesetzgebung zu informieren - und so der Einfluss von Lobbyverbänden gestärkt werden soll. Dies beschreibt sie als Widerspruch zu der mangelnden Transparenz bei den jetzigen Verhandlungen.[27]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von Businesseurope, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der kanadischen Handelskammer für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten.Ein weiterer Akteur ist das European Services Forum (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der Canada-EU Roundtable for Business, der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.[28]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt EU-Canada Partnership zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups" und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network" entgegenwirken. Dabei sollen „success stories" im Mittelpunkt stehen.[29]
- Die Kanzlei Dentons Canada LLP betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.[30] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont. [31][32]
- Die Kanzlei Miller Thomson LLP organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.[33][34] Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[35]
- Auch die Kanzlei Blakes ist ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[36] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.[37]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem geleakten CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst. Man spricht hier vom sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Aktuell laufen weltweit rund 500 solcher Verfahren.

Peter Fuchs, Vorstand im Verein PowerShift, hat die Regelungen umfassend und kritisch analysiert.[38] Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.[24] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.[39] Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt. Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.[40] Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsakommens TTIP hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.[41][27] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.[42]

Studien

Pro CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06/2011	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[43]
02/2011	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[44]
10/2008	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership		EU-Kommission und Regierung Kanadas	[45]

Contra CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
12/2014	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union	World Wide Fund For Nature Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[46], [47], [48]
11/2014	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[49]
10/2014	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[50]
09/2014	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreemen	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[51]
08/201				

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
4	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[52]
10/2012	CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[53]
07/2012	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadians	Stuart Trew	[54]
10/2010	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	[55]
04/2010	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Seite des Bundeswirtschaftsministeriums, gesehen am 05.05.2015
2. ↑ Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
3. ↑ Consolidated CETA Text Webseite der Europäischen Kommission, 26.09.2014, zulsetzt abgerufen am 30. September 2014
4. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Auf dem Weg in die Paralleljustiz, Nachricht vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 15. August 2014
5. ↑ NOTE FOR THE ATTENTION OF THETRADE POLICY COMMITTEE SUBJECT: CETA Consolidated text, PDF-Dokument auf Tagesschau.de vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 14. August 2014
6. ↑ Europäisch-Kanadisches Freihandelsabkommen: Wir veröffentlichen sämtliche geheime CETA-Dokumente Netzpolitik.org, zuletzt besucht am 17. September 1014
7. ↑ Canada-EU CETA Draft Consolidated Text, Februar 2012, abgerufen am 11. September 2014
8. ↑ LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht, gesehen am 05.05.2015
9. ↑ CETA negotiators, La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 20. März 2014
10. ↑ Countries and regions: Canada, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 20. März 2014

11. ↑ [11,011,1] Canada Reaches Historic Trade Agreement with the European Union, Nachricht vom 18.10.13, Regierung Kanadas, abgerufen am 13. März 2014
12. ↑ Freihandelsabkommen: Malmström gegen Nachverhandlungen bei Ceta, Der Tagesspiegel, 29.09.14, abgerufen am 30. September 2014
13. ↑ EU-Canada free trade deal 'opens door to environmental lawsuits', EurActiv, 11.02.14, abgerufen am 11. März 2014
14. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Eine gefährliche Blaupause, von Malte Kreutzfeldt, taz, 10.03.14, abgerufen am 11. März 2014
15. ↑ EU-Freihandelsvereinbarung mit Kanada: Bundestag soll über CETA abstimmen, tagesschau.de, 22.9.2014, abgerufen am 30. September 2014
16. ↑ CETA-Rechtsgutachten attac, abgerufen am 04.11.14.
17. ↑ Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW, gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
18. ↑ Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations, zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
19. ↑ CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade, von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
20. ↑ [1], Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
21. ↑ [21,021,1] Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services, von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
22. ↑ CETA and Services, von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
23. ↑ Freihandel auf Kosten der UmweltPressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
24. ↑ [24,024,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
25. ↑ ABOUT CETA, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
26. ↑ EU-Kommission: Countries and regions Canada, angerufen am 15. 9. 2014
27. ↑ [27,027,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 1 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
28. ↑ CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations, The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
29. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
30. ↑ Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) seminar, dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
31. ↑ Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
32. ↑ It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014
33. ↑ Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP, abgerufen am 24. Juni 2014
34. ↑ Veranstaltungshinweis des Canadian International Council, abgerufen am 24. Juni 2014
35. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
36. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014

37. ↑ Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes, abgerufen am 24. Juni 2014
38. ↑ CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie Peter Fuchs im Blog von Campact. 28. August 2014, zuletzt aufgerufen am 14. September 2014
39. ↑ Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?, Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
40. ↑ Schattenjustiz: Im Namen des Geldes, Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
41. ↑ Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt, von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
42. ↑ Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
43. ↑ A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada, vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
44. ↑ The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions, von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
45. ↑ Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership, gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
46. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, ausführlich), aufgerufen am 17. März 2015
47. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, kurz), aufgerufen am 17. März 2015
48. ↑ Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union, aufgerufen am 17. März 2015
49. ↑ Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, aufgerufen am 19.11.2014
50. ↑ Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada, aufgerufen am 31.10.2014
51. ↑ Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
52. ↑ [2], von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
53. ↑ CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?, von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
54. ↑ The CETA Deception: How the Harper government’s public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
55. ↑ Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy, von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA) ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die bilateralen Verhandlungen starteten im Jahr 2009 und wurden im August 2014 beendet. Im September wurde der offizielle CETA-Text veröffentlicht. 2015 soll das Abkommen in Kraft treten, nachdem EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union, sowie das kanadische Parlament und

die kanadischen Provinzen zugestimmt haben. Entgegen der Einschätzung der EU-Kommission bedarf CETA laut der Bundesregierung auch des einstimmigen Beschlusses durch die Mitgliedsstaaten.[1] Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte 13
1.1 Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks 14
2 Gesetzgebungsprozess 14
2.1 Akteure 14
2.2 Chronologie der Verhandlungen 14
2.3 Ratifizierung 15
3 Kritik an CETA 16
3.1 Allgemein 16
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung 17
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz 17
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen 17
3.5 Intransparente Verhandlungen 17
3.6 Lobbyeinflüsse 18
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS) 19
4 Studien 20
4.1 Pro CETA 20
4.2 Contra CETA 20
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 21
6 Einzelnachweise 21

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeipiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sein.Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.[2] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks

Am 26. September 2014 hat die EU-Kommission den Vertrag veröffentlicht; das Dokument umfasst 1634 Seiten. [3]Zuvor gab es mehrere Veröffentlichungen von Texten, die Medien und NGOs zugespielt worden waren (sogenannte "Leaks"). Die ARD-Tagesschau veröffentlichte am 13. August 2014[4] den Text des Vertrages[5]. Weitere Texte wurden auf der Seite Netzpolitik.org veröffentlicht.[6] Es gibt einen weiteren Text-Entwurf aus dem Februar 2012, der an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.[7]

Gesetzgebungsprozess

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- Karel de Gucht, EU-Handelskommissar,
- Philipp Dupuis, stell. Hauptverhandlungsführer
- Mauro Petriccione, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Karel de Gucht vollzog 2015 einen Seitenwechsel in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.[8]

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Stephen Harper. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- Ed Fast, Minister für Internationalen Handel
- Steve Verheul, Hauptverhandlungsführer
- Ana Renart, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).
40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.[9]

Chronologie der Verhandlungen

Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: In der Folge gab es eine Vielzahl einzelner Abkommen. Seit 2008 wird immer deutlicher, dass beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen anstreben.[10]

Monat/ Jahr	Inhalt	Quelle
Oktober 2008	Die EU und Kanada erstellen eine gemeinsame Studie, welche in ihren Grundsätzen den Beginn der Verhandlungen unterstützt.	[11]
März 2009	In einem gemeinsamem Report werden die erhofften Potenziale eines Freihandelsabkommens darlegt.	
Mai 2009	Die Verhandlungen zu CETA werden im Rahmen des Kanada-EU-Gipfels in Prag (Tschechien) angekündigt.	
Oktober 2009	Die erste Verhandlungsrunde startet in Ottawa (Kanada). Es werden ein Zeitrahmen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen festgelegt.	
Dezember 2010	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich zu einer Bestandsaufnahme.	
Oktober 2011	Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	
November 2012	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich in Brüssel (Belgien), um eine weitere Bestandsaufnahme zu ziehen und über die verbleibenden Themen zu diskutieren.	
Februar 2013	Der europäische sowie der kanadische Handels- und Landwirtschaftsminister verhandelten in Ottawa über die letzten ausstehenden Themenbereiche.	
Oktober 2013	EU-Kommissionspräsident Barroso und Premierminister Harper verkünden, dass beide Seiten eine Einigung über CETA erzielt haben.	
25. September 2014	offizielle Vorstellung des CETA-Verhandlungstextes während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa	

Ratifizierung

Bis CETA in Krat treten kann, sind weitere Schritte notwendig. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich im September 2014 bei ihrer Anhörung im EU-Parlament dagegen aus, den vorliegenden Entwurf noch einmal nachzuverhandeln.[12]
Am 25. September 2014 sollen EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premierminister Harper das Akbommen offiziell bekannt geben; anschließend beginnt die Ratifizierung. Sicher ist, dass auf Seiten der EU sowohl das Europäische Parlament wie auch der Ministerrat zustimmen müssen.[13]
Unklar ist bislang noch, ob die Parlamente in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag ebenfalls ratifizieren müssen. Hierüber ist ein Streit zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission entbrannt. Während die EU-Kommission dies nicht für nötig erachtet, vertritt der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine gegensätzliche Ansicht. Da das Abkommen auch Bereiche umfasse, die der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen, sei es ein „gemischtes Abkommen“, dem der Bundestag per

Gesetz zustimmen müsse.[14] Diese Haltung wird von einem weiteren Rechtsgutachten gestützt, dass von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben wurde. [15]
Auch ein Rechtsgutachten das von attac in Auftrag gegeben wurde kommt zu dem Schluss, dass die EU keine alleinige Kompetenz zum Abschluss des CETA hat. Es gibt Bereiche in denen die Verbandskompetenz der EU problematisch ist, z.B. der Investitionschutz, Verkehr, Schutz des geistigen Eigentums etc. Zudem etabliert CETA einen administrativen Unterbau, das CETA Joint Commitee und eine Reihe spezialisierter Ausschüsse. Es ist fraglich ob dies mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten vereinbar ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der EU für zahlreiche Bereiche des CETA die Reglungskompetenz fehlt und sie weiterhin den Mitgliedsstaaten zufällt. Dies gelte vor allem für die Einrichtung der Regulierungsausschüsse, solange die Mitgliedsstaaten nicht repräsentiert sind. Diese Problematik könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass die Mitgliedsstaaten CETA im Europäischen Rat zustimmen. Die Kompetenzverteilung stehe nicht zur Disposition der Vertragsparteien.[16]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteueren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.[17]
Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.[18] Kandadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Havard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.[19]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung

betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.[20]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.[21]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das Trade Justice Network befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzliche in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.[22]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation WWF hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.[23]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustitzministerin Herta Däubler-Gmelin legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.[24]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche Interessensvertreter angehört. Kritiker bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbysiten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.[25]
Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)" konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul

und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.[11] Die EU gibt so gut wie keine Informationen über die Verhandlungen heraus. Auf der Webseite des Generaldirektorats finden sich lediglich allgemeine Informationen. Es gibt nicht einmal eine Chronologie der Verhandlungen oder allgemeine Informationen zu den Treffen zwischen Unterhändlern der EU und Lobbyisten.[26] Der Text des Vertrages ist immer noch nicht für die Europa-Parlamentarier einsehbar. Däubler-Gmelin weist darauf hin, dass den deutschen Bundesländern nur eine sehr kurze Zeit für Stellungnahmen eingeräumt wurde, obwohl der Text gravierend in ihre Zuständigkeiten und Rechte eingreife. Sie weist ferner darauf hin, dass bei zukünftigen Gesetzgebungen die Staaten dazu verpflichtet werden sollen, umfassend über ihre Gesetzgebung zu informieren - und so der Einfluss von Lobbyverbänden gestärkt werden soll. Dies beschreibt sie als Widerspruch zu der mangelnden Transparenz bei den jetzigen Verhandlungen.[27]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von Businesseurope, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der kanadischen Handelskammer für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten.Ein weiterer Akteur ist das European Services Forum (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der Canada-EU Roundtable for Business, der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.[28]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt EU-Canada Partnership zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups" und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network" entgegenwirken. Dabei sollen „success stories" im Mittelpunkt stehen.[29]
- Die Kanzlei Dentons Canada LLP betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.[30] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont. [31][32]
- Die Kanzlei Miller Thomson LLP organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.[33][34] Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[35]
- Auch die Kanzlei Blakes ist ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[36] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.[37]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem geleakten CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst. Man spricht hier vom sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Aktuell laufen weltweit rund 500 solcher Verfahren.

Peter Fuchs, Vorstand im Verein PowerShift, hat die Regelungen umfassend und kritisch analysiert.[38] Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.[24] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.[39] Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt. Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.[40] Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsakommens TTIP hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.[41][27] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.[42]

Studien

Pro CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06/2011	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[43]
02/2011	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[44]
10/2008	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership		EU-Kommission und Regierung Kanadas	[45]

Contra CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
12/2014	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union	World Wide Fund For Nature Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[46], [47], [48]
11/2014	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[49]
10/2014	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[50]
09/2014	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreemen	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[51]
08/201				

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
4	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[52]
10/2012	CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[53]
07/2012	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadians	Stuart Trew	[54]
10/2010	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	[55]
04/2010	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Seite des Bundeswirtschaftsministeriums, gesehen am 05.05.2015
2. ↑ Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
3. ↑ Consolidated CETA Text Webseite der Europäischen Kommission, 26.09.2014, zulsetzt abgerufen am 30. September 2014
4. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Auf dem Weg in die Paralleljustiz, Nachricht vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 15. August 2014
5. ↑ NOTE FOR THE ATTENTION OF THETRADE POLICY COMMITTEE SUBJECT: CETA Consolidated text, PDF-Dokument auf Tagesschau.de vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 14. August 2014
6. ↑ Europäisch-Kanadisches Freihandelsabkommen: Wir veröffentlichen sämtliche geheime CETA-Dokumente Netzpolitik.org, zuletzt besucht am 17. September 1014
7. ↑ Canada-EU CETA Draft Consolidated Text, Februar 2012, abgerufen am 11. September 2014
8. ↑ LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht, gesehen am 05.05.2015
9. ↑ CETA negotiators, La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 20. März 2014
10. ↑ Countries and regions: Canada, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 20. März 2014

11. ↑ [11,011,1] Canada Reaches Historic Trade Agreement with the European Union, Nachricht vom 18.10.13, Regierung Kanadas, abgerufen am 13. März 2014
12. ↑ Freihandelsabkommen: Malmström gegen Nachverhandlungen bei Ceta, Der Tagesspiegel, 29.09.14, abgerufen am 30. September 2014
13. ↑ EU-Canada free trade deal 'opens door to environmental lawsuits', EurActiv, 11.02.14, abgerufen am 11. März 2014
14. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Eine gefährliche Blaupause, von Malte Kreutzfeldt, taz, 10.03.14, abgerufen am 11. März 2014
15. ↑ EU-Freihandelsvereinbarung mit Kanada: Bundestag soll über CETA abstimmen, tagesschau.de, 22.9.2014, abgerufen am 30. September 2014
16. ↑ CETA-Rechtsgutachten attac, abgerufen am 04.11.14.
17. ↑ Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW, gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
18. ↑ Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations, zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
19. ↑ CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade, von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
20. ↑ [1], Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
21. ↑ [21,021,1] Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services, von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
22. ↑ CETA and Services, von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
23. ↑ Freihandel auf Kosten der UmweltPressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
24. ↑ [24,024,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
25. ↑ ABOUT CETA, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
26. ↑ EU-Kommission: Countries and regions Canada, angerufen am 15. 9. 2014
27. ↑ [27,027,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 1 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
28. ↑ CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations, The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
29. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
30. ↑ Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) seminar, dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
31. ↑ Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
32. ↑ It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014
33. ↑ Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP, abgerufen am 24. Juni 2014
34. ↑ Veranstaltungshinweis des Canadian International Council, abgerufen am 24. Juni 2014
35. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
36. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014

37. ↑ Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes, abgerufen am 24. Juni 2014
38. ↑ CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie Peter Fuchs im Blog von Campact. 28. August 2014, zuletzt aufgerufen am 14. September 2014
39. ↑ Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?, Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
40. ↑ Schattenjustiz: Im Namen des Geldes, Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
41. ↑ Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt, von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
42. ↑ Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
43. ↑ A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada, vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
44. ↑ The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions, von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
45. ↑ Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership, gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
46. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, ausführlich), aufgerufen am 17. März 2015
47. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, kurz), aufgerufen am 17. März 2015
48. ↑ Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union, aufgerufen am 17. März 2015
49. ↑ Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, aufgerufen am 19.11.2014
50. ↑ Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada, aufgerufen am 31.10.2014
51. ↑ Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
52. ↑ [2], von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
53. ↑ CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?, von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
54. ↑ The CETA Deception: How the Harper government’s public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
55. ↑ Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy, von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA) ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die bilateralen Verhandlungen starteten im Jahr 2009 und wurden im August 2014 beendet. Im September wurde der offizielle CETA-Text veröffentlicht. 2015 soll das Abkommen in Kraft treten, nachdem EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union, sowie das kanadische Parlament und

die kanadischen Provinzen zugestimmt haben. Entgegen der Einschätzung der EU-Kommission bedarf CETA laut der Bundesregierung auch des einstimmigen Beschlusses durch die Mitgliedsstaaten.[1] Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte 24
1.1 Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks 25
2 Gesetzgebungsprozess 25
2.1 Akteure 25
2.2 Chronologie der Verhandlungen 25
2.3 Ratifizierung 26
3 Kritik an CETA 27
3.1 Allgemein 27
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung 28
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz 28
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen 28
3.5 Intransparente Verhandlungen 28
3.6 Lobbyeinflüsse 29
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS) 30
4 Studien 31
4.1 Pro CETA 31
4.2 Contra CETA 31
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 32
6 Einzelnachweise 32

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeipiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sein.Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.[2] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks

Am 26. September 2014 hat die EU-Kommission den Vertrag veröffentlicht; das Dokument umfasst 1634 Seiten. [3]Zuvor gab es mehrere Veröffentlichungen von Texten, die Medien und NGOs zugespielt worden waren (sogenannte "Leaks"). Die ARD-Tagesschau veröffentlichte am 13. August 2014[4] den Text des Vertrages[5]. Weitere Texte wurden auf der Seite Netzpolitik.org veröffentlicht.[6] Es gibt einen weiteren Text-Entwurf aus dem Februar 2012, der an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.[7]

Gesetzgebungsprozess

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- Karel de Gucht, EU-Handelskommissar,
- Philipp Dupuis, stell. Hauptverhandlungsführer
- Mauro Petriccione, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Karel de Gucht vollzog 2015 einen Seitenwechsel in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.[8]

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Stephen Harper. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- Ed Fast, Minister für Internationalen Handel
- Steve Verheul, Hauptverhandlungsführer
- Ana Renart, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).
40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.[9]

Chronologie der Verhandlungen

Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: In der Folge gab es eine Vielzahl einzelner Abkommen. Seit 2008 wird immer deutlicher, dass beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen anstreben.[10]

Monat/ Jahr	Inhalt	Quelle
Oktober 2008	Die EU und Kanada erstellen eine gemeinsame Studie, welche in ihren Grundsätzen den Beginn der Verhandlungen unterstützt.	[11]
März 2009	In einem gemeinsamem Report werden die erhofften Potenziale eines Freihandelsabkommens darlegt.	
Mai 2009	Die Verhandlungen zu CETA werden im Rahmen des Kanada-EU-Gipfels in Prag (Tschechien) angekündigt.	
Oktober 2009	Die erste Verhandlungsrunde startet in Ottawa (Kanada). Es werden ein Zeitrahmen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen festgelegt.	
Dezember 2010	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich zu einer Bestandsaufnahme.	
Oktober 2011	Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	
November 2012	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich in Brüssel (Belgien), um eine weitere Bestandsaufnahme zu ziehen und über die verbleibenden Themen zu diskutieren.	
Februar 2013	Der europäische sowie der kanadische Handels- und Landwirtschaftsminister verhandelten in Ottawa über die letzten ausstehenden Themenbereiche.	
Oktober 2013	EU-Kommissionspräsident Barroso und Premierminister Harper verkünden, dass beide Seiten eine Einigung über CETA erzielt haben.	
25. September 2014	offizielle Vorstellung des CETA-Verhandlungstextes während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa	

Ratifizierung

Bis CETA in Krat treten kann, sind weitere Schritte notwendig. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich im September 2014 bei ihrer Anhörung im EU-Parlament dagegen aus, den vorliegenden Entwurf noch einmal nachzuverhandeln.[12]
Am 25. September 2014 sollen EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premierminister Harper das Akbommen offiziell bekannt geben; anschließend beginnt die Ratifizierung. Sicher ist, dass auf Seiten der EU sowohl das Europäische Parlament wie auch der Ministerrat zustimmen müssen.[13]
Unklar ist bislang noch, ob die Parlamente in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag ebenfalls ratifizieren müssen. Hierüber ist ein Streit zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission entbrannt. Während die EU-Kommission dies nicht für nötig erachtet, vertritt der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine gegensätzliche Ansicht. Da das Abkommen auch Bereiche umfasse, die der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen, sei es ein „gemischtes Abkommen“, dem der Bundestag per

Gesetz zustimmen müsse.[14] Diese Haltung wird von einem weiteren Rechtsgutachten gestützt, dass von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben wurde. [15]
Auch ein Rechtsgutachten das von attac in Auftrag gegeben wurde kommt zu dem Schluss, dass die EU keine alleinige Kompetenz zum Abschluss des CETA hat. Es gibt Bereiche in denen die Verbandskompetenz der EU problematisch ist, z.B. der Investitionschutz, Verkehr, Schutz des geistigen Eigentums etc. Zudem etabliert CETA einen administrativen Unterbau, das CETA Joint Commitee und eine Reihe spezialisierter Ausschüsse. Es ist fraglich ob dies mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten vereinbar ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der EU für zahlreiche Bereiche des CETA die Reglungskompetenz fehlt und sie weiterhin den Mitgliedsstaaten zufällt. Dies gelte vor allem für die Einrichtung der Regulierungsausschüsse, solange die Mitgliedsstaaten nicht repräsentiert sind. Diese Problematik könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass die Mitgliedsstaaten CETA im Europäischen Rat zustimmen. Die Kompetenzverteilung stehe nicht zur Disposition der Vertragsparteien.[16]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteueren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.[17]
Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.[18] Kandadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Havard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.[19]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung

betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.[20]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.[21]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das Trade Justice Network befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzliche in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.[22]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation WWF hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.[23]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustitzministerin Herta Däubler-Gmelin legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.[24]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche Interessensvertreter angehört. Kritiker bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbysiten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.[25]
Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)" konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul

und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.[11] Die EU gibt so gut wie keine Informationen über die Verhandlungen heraus. Auf der Webseite des Generaldirektorats finden sich lediglich allgemeine Informationen. Es gibt nicht einmal eine Chronologie der Verhandlungen oder allgemeine Informationen zu den Treffen zwischen Unterhändlern der EU und Lobbyisten.[26] Der Text des Vertrages ist immer noch nicht für die Europa-Parlamentarier einsehbar. Däubler-Gmelin weist darauf hin, dass den deutschen Bundesländern nur eine sehr kurze Zeit für Stellungnahmen eingeräumt wurde, obwohl der Text gravierend in ihre Zuständigkeiten und Rechte eingreife. Sie weist ferner darauf hin, dass bei zukünftigen Gesetzgebungen die Staaten dazu verpflichtet werden sollen, umfassend über ihre Gesetzgebung zu informieren - und so der Einfluss von Lobbyverbänden gestärkt werden soll. Dies beschreibt sie als Widerspruch zu der mangelnden Transparenz bei den jetzigen Verhandlungen.[27]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von Businesseurope, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der kanadischen Handelskammer für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten.Ein weiterer Akteur ist das European Services Forum (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der Canada-EU Roundtable for Business, der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.[28]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt EU-Canada Partnership zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups" und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network" entgegenwirken. Dabei sollen „success stories" im Mittelpunkt stehen.[29]
- Die Kanzlei Dentons Canada LLP betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.[30] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont. [31][32]
- Die Kanzlei Miller Thomson LLP organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.[33][34] Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[35]
- Auch die Kanzlei Blakes ist ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[36] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.[37]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem geleakten CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst. Man spricht hier vom sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Aktuell laufen weltweit rund 500 solcher Verfahren.

Peter Fuchs, Vorstand im Verein PowerShift, hat die Regelungen umfassend und kritisch analysiert.[38] Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.[24] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.[39] Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt. Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.[40] Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsakommens TTIP hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.[41][27] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.[42]

Studien

Pro CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06/2011	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[43]
02/2011	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[44]
10/2008	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership		EU-Kommission und Regierung Kanadas	[45]

Contra CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
12/2014	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union	World Wide Fund For Nature Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[46], [47], [48]
11/2014	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[49]
10/2014	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[50]
09/2014	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreemen	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[51]
08/201				

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
4	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[52]
10/2012	CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[53]
07/2012	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadians	Stuart Trew	[54]
10/2010	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	[55]
04/2010	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Seite des Bundeswirtschaftsministeriums, gesehen am 05.05.2015
2. ↑ Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
3. ↑ Consolidated CETA Text Webseite der Europäischen Kommission, 26.09.2014, zulsetzt abgerufen am 30. September 2014
4. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Auf dem Weg in die Paralleljustiz, Nachricht vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 15. August 2014
5. ↑ NOTE FOR THE ATTENTION OF THETRADE POLICY COMMITTEE SUBJECT: CETA Consolidated text, PDF-Dokument auf Tagesschau.de vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 14. August 2014
6. ↑ Europäisch-Kanadisches Freihandelsabkommen: Wir veröffentlichen sämtliche geheime CETA-Dokumente Netzpolitik.org, zuletzt besucht am 17. September 1014
7. ↑ Canada-EU CETA Draft Consolidated Text, Februar 2012, abgerufen am 11. September 2014
8. ↑ LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht, gesehen am 05.05.2015
9. ↑ CETA negotiators, La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 20. März 2014
10. ↑ Countries and regions: Canada, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 20. März 2014

11. ↑ [11,011,1] Canada Reaches Historic Trade Agreement with the European Union, Nachricht vom 18.10.13, Regierung Kanadas, abgerufen am 13. März 2014
12. ↑ Freihandelsabkommen: Malmström gegen Nachverhandlungen bei Ceta, Der Tagesspiegel, 29.09.14, abgerufen am 30. September 2014
13. ↑ EU-Canada free trade deal 'opens door to environmental lawsuits', EurActiv, 11.02.14, abgerufen am 11. März 2014
14. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Eine gefährliche Blaupause, von Malte Kreutzfeldt, taz, 10.03.14, abgerufen am 11. März 2014
15. ↑ EU-Freihandelsvereinbarung mit Kanada: Bundestag soll über CETA abstimmen, tagesschau.de, 22.9.2014, abgerufen am 30. September 2014
16. ↑ CETA-Rechtsgutachten attac, abgerufen am 04.11.14.
17. ↑ Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW, gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
18. ↑ Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations, zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
19. ↑ CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade, von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
20. ↑ [1], Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
21. ↑ [21,021,1] Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services, von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
22. ↑ CETA and Services, von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
23. ↑ Freihandel auf Kosten der UmweltPressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
24. ↑ [24,024,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
25. ↑ ABOUT CETA, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
26. ↑ EU-Kommission: Countries and regions Canada, angerufen am 15. 9. 2014
27. ↑ [27,027,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 1 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
28. ↑ CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations, The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
29. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
30. ↑ Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) seminar, dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
31. ↑ Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
32. ↑ It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014
33. ↑ Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP, abgerufen am 24. Juni 2014
34. ↑ Veranstaltungshinweis des Canadian International Council, abgerufen am 24. Juni 2014
35. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
36. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014

37. ↑ Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes, abgerufen am 24. Juni 2014
38. ↑ CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie Peter Fuchs im Blog von Campact. 28. August 2014, zuletzt aufgerufen am 14. September 2014
39. ↑ Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?, Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
40. ↑ Schattenjustiz: Im Namen des Geldes, Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
41. ↑ Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt, von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
42. ↑ Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
43. ↑ A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada, vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
44. ↑ The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions, von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
45. ↑ Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership, gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
46. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, ausführlich), aufgerufen am 17. März 2015
47. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, kurz), aufgerufen am 17. März 2015
48. ↑ Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union, aufgerufen am 17. März 2015
49. ↑ Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, aufgerufen am 19.11.2014
50. ↑ Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada, aufgerufen am 31.10.2014
51. ↑ Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
52. ↑ [2], von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
53. ↑ CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?, von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
54. ↑ The CETA Deception: How the Harper government’s public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
55. ↑ Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy, von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA) ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die bilateralen Verhandlungen starteten im Jahr 2009 und wurden im August 2014 beendet. Im September wurde der offizielle CETA-Text veröffentlicht. 2015 soll das Abkommen in Kraft treten, nachdem EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union, sowie das kanadische Parlament und

die kanadischen Provinzen zugestimmt haben. Entgegen der Einschätzung der EU-Kommission bedarf CETA laut der Bundesregierung auch des einstimmigen Beschlusses durch die Mitgliedsstaaten.[1] Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte 35
1.1 Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks 36
2 Gesetzgebungsprozess 36
2.1 Akteure 36
2.2 Chronologie der Verhandlungen 36
2.3 Ratifizierung 37
3 Kritik an CETA 38
3.1 Allgemein 38
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung 39
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz 39
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen 39
3.5 Intransparente Verhandlungen 39
3.6 Lobbyeinflüsse 40
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS) 41
4 Studien 42
4.1 Pro CETA 42
4.2 Contra CETA 42
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 43
6 Einzelnachweise 43

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeipiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sein.Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.[2] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks

Am 26. September 2014 hat die EU-Kommission den Vertrag veröffentlicht; das Dokument umfasst 1634 Seiten. [3]Zuvor gab es mehrere Veröffentlichungen von Texten, die Medien und NGOs zugespielt worden waren (sogenannte "Leaks"). Die ARD-Tagesschau veröffentlichte am 13. August 2014[4] den Text des Vertrages[5]. Weitere Texte wurden auf der Seite Netzpolitik.org veröffentlicht.[6] Es gibt einen weiteren Text-Entwurf aus dem Februar 2012, der an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.[7]

Gesetzgebungsprozess

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- Karel de Gucht, EU-Handelskommissar,
- Philipp Dupuis, stell. Hauptverhandlungsführer
- Mauro Petriccione, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Karel de Gucht vollzog 2015 einen Seitenwechsel in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.[8]

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Stephen Harper. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- Ed Fast, Minister für Internationalen Handel
- Steve Verheul, Hauptverhandlungsführer
- Ana Renart, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).
40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.[9]

Chronologie der Verhandlungen

Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: In der Folge gab es eine Vielzahl einzelner Abkommen. Seit 2008 wird immer deutlicher, dass beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen anstreben.[10]

Monat/ Jahr	Inhalt	Quelle
Oktober 2008	Die EU und Kanada erstellen eine gemeinsame Studie, welche in ihren Grundsätzen den Beginn der Verhandlungen unterstützt.	[11]
März 2009	In einem gemeinsamem Report werden die erhofften Potenziale eines Freihandelsabkommens darlegt.	
Mai 2009	Die Verhandlungen zu CETA werden im Rahmen des Kanada-EU-Gipfels in Prag (Tschechien) angekündigt.	
Oktober 2009	Die erste Verhandlungsrunde startet in Ottawa (Kanada). Es werden ein Zeitrahmen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen festgelegt.	
Dezember 2010	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich zu einer Bestandsaufnahme.	
Oktober 2011	Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	
November 2012	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich in Brüssel (Belgien), um eine weitere Bestandsaufnahme zu ziehen und über die verbleibenden Themen zu diskutieren.	
Februar 2013	Der europäische sowie der kanadische Handels- und Landwirtschaftsminister verhandelten in Ottawa über die letzten ausstehenden Themenbereiche.	
Oktober 2013	EU-Kommissionspräsident Barroso und Premierminister Harper verkünden, dass beide Seiten eine Einigung über CETA erzielt haben.	
25. September 2014	offizielle Vorstellung des CETA-Verhandlungstextes während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa	

Ratifizierung

Bis CETA in Krat treten kann, sind weitere Schritte notwendig. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich im September 2014 bei ihrer Anhörung im EU-Parlament dagegen aus, den vorliegenden Entwurf noch einmal nachzuverhandeln.[12]
Am 25. September 2014 sollen EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premierminister Harper das Akbommen offiziell bekannt geben; anschließend beginnt die Ratifizierung. Sicher ist, dass auf Seiten der EU sowohl das Europäische Parlament wie auch der Ministerrat zustimmen müssen.[13]
Unklar ist bislang noch, ob die Parlamente in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag ebenfalls ratifizieren müssen. Hierüber ist ein Streit zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission entbrannt. Während die EU-Kommission dies nicht für nötig erachtet, vertritt der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine gegensätzliche Ansicht. Da das Abkommen auch Bereiche umfasse, die der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen, sei es ein „gemischtes Abkommen“, dem der Bundestag per

Gesetz zustimmen müsse.[14] Diese Haltung wird von einem weiteren Rechtsgutachten gestützt, dass von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben wurde. [15]
Auch ein Rechtsgutachten das von attac in Auftrag gegeben wurde kommt zu dem Schluss, dass die EU keine alleinige Kompetenz zum Abschluss des CETA hat. Es gibt Bereiche in denen die Verbandskompetenz der EU problematisch ist, z.B. der Investitionschutz, Verkehr, Schutz des geistigen Eigentums etc. Zudem etabliert CETA einen administrativen Unterbau, das CETA Joint Commitee und eine Reihe spezialisierter Ausschüsse. Es ist fraglich ob dies mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten vereinbar ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der EU für zahlreiche Bereiche des CETA die Reglungskompetenz fehlt und sie weiterhin den Mitgliedsstaaten zufällt. Dies gelte vor allem für die Einrichtung der Regulierungsausschüsse, solange die Mitgliedsstaaten nicht repräsentiert sind. Diese Problematik könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass die Mitgliedsstaaten CETA im Europäischen Rat zustimmen. Die Kompetenzverteilung stehe nicht zur Disposition der Vertragsparteien.[16]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteueren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.[17]
Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.[18] Kandadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Havard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.[19]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung

betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.[20]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.[21]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das Trade Justice Network befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzliche in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.[22]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation WWF hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.[23]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustitzministerin Herta Däubler-Gmelin legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.[24]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche Interessensvertreter angehört. Kritiker bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbysiten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.[25]
Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)" konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul

und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.[11] Die EU gibt so gut wie keine Informationen über die Verhandlungen heraus. Auf der Webseite des Generaldirektorats finden sich lediglich allgemeine Informationen. Es gibt nicht einmal eine Chronologie der Verhandlungen oder allgemeine Informationen zu den Treffen zwischen Unterhändlern der EU und Lobbyisten.[26] Der Text des Vertrages ist immer noch nicht für die Europa-Parlamentarier einsehbar. Däubler-Gmelin weist darauf hin, dass den deutschen Bundesländern nur eine sehr kurze Zeit für Stellungnahmen eingeräumt wurde, obwohl der Text gravierend in ihre Zuständigkeiten und Rechte eingreife. Sie weist ferner darauf hin, dass bei zukünftigen Gesetzgebungen die Staaten dazu verpflichtet werden sollen, umfassend über ihre Gesetzgebung zu informieren - und so der Einfluss von Lobbyverbänden gestärkt werden soll. Dies beschreibt sie als Widerspruch zu der mangelnden Transparenz bei den jetzigen Verhandlungen.[27]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von Businesseurope, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der kanadischen Handelskammer für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten.Ein weiterer Akteur ist das European Services Forum (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der Canada-EU Roundtable for Business, der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.[28]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt EU-Canada Partnership zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups" und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network" entgegenwirken. Dabei sollen „success stories" im Mittelpunkt stehen.[29]
- Die Kanzlei Dentons Canada LLP betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.[30] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont. [31][32]
- Die Kanzlei Miller Thomson LLP organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.[33][34] Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[35]
- Auch die Kanzlei Blakes ist ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[36] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.[37]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem geleakten CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst. Man spricht hier vom sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Aktuell laufen weltweit rund 500 solcher Verfahren.

Peter Fuchs, Vorstand im Verein PowerShift, hat die Regelungen umfassend und kritisch analysiert.[38] Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.[24] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.[39] Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt. Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.[40] Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsakommens TTIP hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.[41][27] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.[42]

Studien

Pro CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06/2011	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[43]
02/2011	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[44]
10/2008	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership		EU-Kommission und Regierung Kanadas	[45]

Contra CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
12/2014	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union	World Wide Fund For Nature Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[46], [47], [48]
11/2014	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[49]
10/2014	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[50]
09/2014	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreemen	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[51]
08/201				

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
4	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[52]
10/2012	CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[53]
07/2012	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadians	Stuart Trew	[54]
10/2010	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	[55]
04/2010	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Seite des Bundeswirtschaftsministeriums, gesehen am 05.05.2015
2. ↑ Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
3. ↑ Consolidated CETA Text Webseite der Europäischen Kommission, 26.09.2014, zulsetzt abgerufen am 30. September 2014
4. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Auf dem Weg in die Paralleljustiz, Nachricht vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 15. August 2014
5. ↑ NOTE FOR THE ATTENTION OF THETRADE POLICY COMMITTEE SUBJECT: CETA Consolidated text, PDF-Dokument auf Tagesschau.de vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 14. August 2014
6. ↑ Europäisch-Kanadisches Freihandelsabkommen: Wir veröffentlichen sämtliche geheime CETA-Dokumente Netzpolitik.org, zuletzt besucht am 17. September 1014
7. ↑ Canada-EU CETA Draft Consolidated Text, Februar 2012, abgerufen am 11. September 2014
8. ↑ LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht, gesehen am 05.05.2015
9. ↑ CETA negotiators, La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 20. März 2014
10. ↑ Countries and regions: Canada, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 20. März 2014

11. ↑ [11,011,1] Canada Reaches Historic Trade Agreement with the European Union, Nachricht vom 18.10.13, Regierung Kanadas, abgerufen am 13. März 2014
12. ↑ Freihandelsabkommen: Malmström gegen Nachverhandlungen bei Ceta, Der Tagesspiegel, 29.09.14, abgerufen am 30. September 2014
13. ↑ EU-Canada free trade deal 'opens door to environmental lawsuits', EurActiv, 11.02.14, abgerufen am 11. März 2014
14. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Eine gefährliche Blaupause, von Malte Kreutzfeldt, taz, 10.03.14, abgerufen am 11. März 2014
15. ↑ EU-Freihandelsvereinbarung mit Kanada: Bundestag soll über CETA abstimmen, tagesschau.de, 22.9.2014, abgerufen am 30. September 2014
16. ↑ CETA-Rechtsgutachten attac, abgerufen am 04.11.14.
17. ↑ Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW, gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
18. ↑ Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations, zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
19. ↑ CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade, von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
20. ↑ [1], Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
21. ↑ [21,021,1] Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services, von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
22. ↑ CETA and Services, von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
23. ↑ Freihandel auf Kosten der UmweltPressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
24. ↑ [24,024,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
25. ↑ ABOUT CETA, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
26. ↑ EU-Kommission: Countries and regions Canada, angerufen am 15. 9. 2014
27. ↑ [27,027,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 1 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
28. ↑ CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations, The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
29. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
30. ↑ Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) seminar, dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
31. ↑ Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
32. ↑ It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014
33. ↑ Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP, abgerufen am 24. Juni 2014
34. ↑ Veranstaltungshinweis des Canadian International Council, abgerufen am 24. Juni 2014
35. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
36. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014

37. ↑ Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes, abgerufen am 24. Juni 2014
38. ↑ CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie Peter Fuchs im Blog von Campact. 28. August 2014, zuletzt aufgerufen am 14. September 2014
39. ↑ Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?, Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
40. ↑ Schattenjustiz: Im Namen des Geldes, Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
41. ↑ Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt, von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
42. ↑ Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
43. ↑ A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada, vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
44. ↑ The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions, von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
45. ↑ Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership, gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
46. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, ausführlich), aufgerufen am 17. März 2015
47. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, kurz), aufgerufen am 17. März 2015
48. ↑ Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union, aufgerufen am 17. März 2015
49. ↑ Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, aufgerufen am 19.11.2014
50. ↑ Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada, aufgerufen am 31.10.2014
51. ↑ Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
52. ↑ [2], von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
53. ↑ CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?, von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
54. ↑ The CETA Deception: How the Harper government’s public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
55. ↑ Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy, von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA) ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die bilateralen Verhandlungen starteten im Jahr 2009 und wurden im August 2014 beendet. Im September wurde der offizielle CETA-Text veröffentlicht. 2015 soll das Abkommen in Kraft treten, nachdem EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union, sowie das kanadische Parlament und

die kanadischen Provinzen zugestimmt haben. Entgegen der Einschätzung der EU-Kommission bedarf CETA laut der Bundesregierung auch des einstimmigen Beschlusses durch die Mitgliedsstaaten.[1] Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte 46
1.1 Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks 47
2 Gesetzgebungsprozess 47
2.1 Akteure 47
2.2 Chronologie der Verhandlungen 47
2.3 Ratifizierung 48
3 Kritik an CETA 49
3.1 Allgemein 49
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung 50
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz 50
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen 50
3.5 Intransparente Verhandlungen 50
3.6 Lobbyeinflüsse 51
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS) 52
4 Studien 53
4.1 Pro CETA 53
4.2 Contra CETA 53
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 54
6 Einzelnachweise 54

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeipiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sein.Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.[2] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks

Am 26. September 2014 hat die EU-Kommission den Vertrag veröffentlicht; das Dokument umfasst 1634 Seiten. [3]Zuvor gab es mehrere Veröffentlichungen von Texten, die Medien und NGOs zugespielt worden waren (sogenannte "Leaks"). Die ARD-Tagesschau veröffentlichte am 13. August 2014[4] den Text des Vertrages[5]. Weitere Texte wurden auf der Seite Netzpolitik.org veröffentlicht.[6] Es gibt einen weiteren Text-Entwurf aus dem Februar 2012, der an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.[7]

Gesetzgebungsprozess

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- Karel de Gucht, EU-Handelskommissar,
- Philipp Dupuis, stell. Hauptverhandlungsführer
- Mauro Petriccione, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Karel de Gucht vollzog 2015 einen Seitenwechsel in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.[8]

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Stephen Harper. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- Ed Fast, Minister für Internationalen Handel
- Steve Verheul, Hauptverhandlungsführer
- Ana Renart, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).
40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.[9]

Chronologie der Verhandlungen

Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: In der Folge gab es eine Vielzahl einzelner Abkommen. Seit 2008 wird immer deutlicher, dass beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen anstreben.[10]

Monat/ Jahr	Inhalt	Quelle
Oktober 2008	Die EU und Kanada erstellen eine gemeinsame Studie, welche in ihren Grundsätzen den Beginn der Verhandlungen unterstützt.	[11]
März 2009	In einem gemeinsamem Report werden die erhofften Potenziale eines Freihandelsabkommens darlegt.	
Mai 2009	Die Verhandlungen zu CETA werden im Rahmen des Kanada-EU-Gipfels in Prag (Tschechien) angekündigt.	
Oktober 2009	Die erste Verhandlungsrunde startet in Ottawa (Kanada). Es werden ein Zeitrahmen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen festgelegt.	
Dezember 2010	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich zu einer Bestandsaufnahme.	
Oktober 2011	Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	
November 2012	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich in Brüssel (Belgien), um eine weitere Bestandsaufnahme zu ziehen und über die verbleibenden Themen zu diskutieren.	
Februar 2013	Der europäische sowie der kanadische Handels- und Landwirtschaftsminister verhandelten in Ottawa über die letzten ausstehenden Themenbereiche.	
Oktober 2013	EU-Kommissionspräsident Barroso und Premierminister Harper verkünden, dass beide Seiten eine Einigung über CETA erzielt haben.	
25. September 2014	offizielle Vorstellung des CETA-Verhandlungstextes während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa	

Ratifizierung

Bis CETA in Krat treten kann, sind weitere Schritte notwendig. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich im September 2014 bei ihrer Anhörung im EU-Parlament dagegen aus, den vorliegenden Entwurf noch einmal nachzuverhandeln.[12]
Am 25. September 2014 sollen EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premierminister Harper das Akbommen offiziell bekannt geben; anschließend beginnt die Ratifizierung. Sicher ist, dass auf Seiten der EU sowohl das Europäische Parlament wie auch der Ministerrat zustimmen müssen.[13]
Unklar ist bislang noch, ob die Parlamente in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag ebenfalls ratifizieren müssen. Hierüber ist ein Streit zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission entbrannt. Während die EU-Kommission dies nicht für nötig erachtet, vertritt der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine gegensätzliche Ansicht. Da das Abkommen auch Bereiche umfasse, die der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen, sei es ein „gemischtes Abkommen“, dem der Bundestag per

Gesetz zustimmen müsse.[14] Diese Haltung wird von einem weiteren Rechtsgutachten gestützt, dass von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben wurde. [15]
Auch ein Rechtsgutachten das von attac in Auftrag gegeben wurde kommt zu dem Schluss, dass die EU keine alleinige Kompetenz zum Abschluss des CETA hat. Es gibt Bereiche in denen die Verbandskompetenz der EU problematisch ist, z.B. der Investitionschutz, Verkehr, Schutz des geistigen Eigentums etc. Zudem etabliert CETA einen administrativen Unterbau, das CETA Joint Commitee und eine Reihe spezialisierter Ausschüsse. Es ist fraglich ob dies mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten vereinbar ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der EU für zahlreiche Bereiche des CETA die Reglungskompetenz fehlt und sie weiterhin den Mitgliedsstaaten zufällt. Dies gelte vor allem für die Einrichtung der Regulierungsausschüsse, solange die Mitgliedsstaaten nicht repräsentiert sind. Diese Problematik könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass die Mitgliedsstaaten CETA im Europäischen Rat zustimmen. Die Kompetenzverteilung stehe nicht zur Disposition der Vertragsparteien.[16]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteueren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.[17]
Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.[18] Kandadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Havard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.[19]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung

betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.[20]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.[21]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das Trade Justice Network befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzliche in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.[22]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation WWF hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.[23]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustitzministerin Herta Däubler-Gmelin legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.[24]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche Interessensvertreter angehört. Kritiker bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbysiten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.[25]
Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)" konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul

und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.[11] Die EU gibt so gut wie keine Informationen über die Verhandlungen heraus. Auf der Webseite des Generaldirektorats finden sich lediglich allgemeine Informationen. Es gibt nicht einmal eine Chronologie der Verhandlungen oder allgemeine Informationen zu den Treffen zwischen Unterhändlern der EU und Lobbyisten.[26] Der Text des Vertrages ist immer noch nicht für die Europa-Parlamentarier einsehbar. Däubler-Gmelin weist darauf hin, dass den deutschen Bundesländern nur eine sehr kurze Zeit für Stellungnahmen eingeräumt wurde, obwohl der Text gravierend in ihre Zuständigkeiten und Rechte eingreife. Sie weist ferner darauf hin, dass bei zukünftigen Gesetzgebungen die Staaten dazu verpflichtet werden sollen, umfassend über ihre Gesetzgebung zu informieren - und so der Einfluss von Lobbyverbänden gestärkt werden soll. Dies beschreibt sie als Widerspruch zu der mangelnden Transparenz bei den jetzigen Verhandlungen.[27]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von Businesseurope, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der kanadischen Handelskammer für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten.Ein weiterer Akteur ist das European Services Forum (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der Canada-EU Roundtable for Business, der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.[28]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt EU-Canada Partnership zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups" und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network" entgegenwirken. Dabei sollen „success stories" im Mittelpunkt stehen.[29]
- Die Kanzlei Dentons Canada LLP betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.[30] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont. [31][32]
- Die Kanzlei Miller Thomson LLP organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.[33][34] Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[35]
- Auch die Kanzlei Blakes ist ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[36] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.[37]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem geleakten CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst. Man spricht hier vom sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Aktuell laufen weltweit rund 500 solcher Verfahren.

Peter Fuchs, Vorstand im Verein PowerShift, hat die Regelungen umfassend und kritisch analysiert.[38] Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.[24] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.[39] Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt. Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.[40] Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsakommens TTIP hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.[41][27] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.[42]

Studien

Pro CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06/2011	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[43]
02/2011	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[44]
10/2008	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership		EU-Kommission und Regierung Kanadas	[45]

Contra CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
12/2014	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union	World Wide Fund For Nature Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[46], [47], [48]
11/2014	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[49]
10/2014	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[50]
09/2014	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreemen	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[51]
08/201				

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
4	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[52]
10/2012	CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[53]
07/2012	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadians	Stuart Trew	[54]
10/2010	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	[55]
04/2010	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Seite des Bundeswirtschaftsministeriums, gesehen am 05.05.2015
2. ↑ Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
3. ↑ Consolidated CETA Text Webseite der Europäischen Kommission, 26.09.2014, zulsetzt abgerufen am 30. September 2014
4. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Auf dem Weg in die Paralleljustiz, Nachricht vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 15. August 2014
5. ↑ NOTE FOR THE ATTENTION OF THETRADE POLICY COMMITTEE SUBJECT: CETA Consolidated text, PDF-Dokument auf Tagesschau.de vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 14. August 2014
6. ↑ Europäisch-Kanadisches Freihandelsabkommen: Wir veröffentlichen sämtliche geheime CETA-Dokumente Netzpolitik.org, zuletzt besucht am 17. September 1014
7. ↑ Canada-EU CETA Draft Consolidated Text, Februar 2012, abgerufen am 11. September 2014
8. ↑ LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht, gesehen am 05.05.2015
9. ↑ CETA negotiators, La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 20. März 2014
10. ↑ Countries and regions: Canada, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 20. März 2014

11. ↑ [11,011,1] Canada Reaches Historic Trade Agreement with the European Union, Nachricht vom 18.10.13, Regierung Kanadas, abgerufen am 13. März 2014
12. ↑ Freihandelsabkommen: Malmström gegen Nachverhandlungen bei Ceta, Der Tagesspiegel, 29.09.14, abgerufen am 30. September 2014
13. ↑ EU-Canada free trade deal 'opens door to environmental lawsuits', EurActiv, 11.02.14, abgerufen am 11. März 2014
14. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Eine gefährliche Blaupause, von Malte Kreutzfeldt, taz, 10.03.14, abgerufen am 11. März 2014
15. ↑ EU-Freihandelsvereinbarung mit Kanada: Bundestag soll über CETA abstimmen, tagesschau.de, 22.9.2014, abgerufen am 30. September 2014
16. ↑ CETA-Rechtsgutachten attac, abgerufen am 04.11.14.
17. ↑ Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW, gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
18. ↑ Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations, zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
19. ↑ CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade, von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
20. ↑ [1], Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
21. ↑ [21,021,1] Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services, von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
22. ↑ CETA and Services, von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
23. ↑ Freihandel auf Kosten der UmweltPressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
24. ↑ [24,024,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
25. ↑ ABOUT CETA, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
26. ↑ EU-Kommission: Countries and regions Canada, angerufen am 15. 9. 2014
27. ↑ [27,027,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 1 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
28. ↑ CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations, The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
29. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
30. ↑ Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) seminar, dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
31. ↑ Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
32. ↑ It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014
33. ↑ Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP, abgerufen am 24. Juni 2014
34. ↑ Veranstaltungshinweis des Canadian International Council, abgerufen am 24. Juni 2014
35. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
36. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014

37. ↑ Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes, abgerufen am 24. Juni 2014
38. ↑ CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie Peter Fuchs im Blog von Campact. 28. August 2014, zuletzt aufgerufen am 14. September 2014
39. ↑ Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?, Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
40. ↑ Schattenjustiz: Im Namen des Geldes, Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
41. ↑ Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt, von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
42. ↑ Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
43. ↑ A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada, vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
44. ↑ The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions, von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
45. ↑ Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership, gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
46. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, ausführlich), aufgerufen am 17. März 2015
47. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, kurz), aufgerufen am 17. März 2015
48. ↑ Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union, aufgerufen am 17. März 2015
49. ↑ Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, aufgerufen am 19.11.2014
50. ↑ Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada, aufgerufen am 31.10.2014
51. ↑ Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
52. ↑ [2], von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
53. ↑ CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?, von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
54. ↑ The CETA Deception: How the Harper government’s public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
55. ↑ Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy, von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA) ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die bilateralen Verhandlungen starteten im Jahr 2009 und wurden im August 2014 beendet. Im September wurde der offizielle CETA-Text veröffentlicht. 2015 soll das Abkommen in Kraft treten, nachdem EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union, sowie das kanadische Parlament und

die kanadischen Provinzen zugestimmt haben. Entgegen der Einschätzung der EU-Kommission bedarf CETA laut der Bundesregierung auch des einstimmigen Beschlusses durch die Mitgliedsstaaten.[1] Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte 57
1.1 Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks 58
2 Gesetzgebungsprozess 58
2.1 Akteure 58
2.2 Chronologie der Verhandlungen 58
2.3 Ratifizierung 59
3 Kritik an CETA 60
3.1 Allgemein 60
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung 61
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz 61
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen 61
3.5 Intransparente Verhandlungen 61
3.6 Lobbyeinflüsse 62
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS) 63
4 Studien 64
4.1 Pro CETA 64
4.2 Contra CETA 64
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 65
6 Einzelnachweise 65

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeipiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch veränderte Nahrungsmittel sein.Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.[2] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Veröffentlichungen des Vertragstexts durch EU-Kommission und vorherige Leaks

Am 26. September 2014 hat die EU-Kommission den Vertrag veröffentlicht; das Dokument umfasst 1634 Seiten. [3]Zuvor gab es mehrere Veröffentlichungen von Texten, die Medien und NGOs zugespielt worden waren (sogenannte "Leaks"). Die ARD-Tagesschau veröffentlichte am 13. August 2014[4] den Text des Vertrages[5]. Weitere Texte wurden auf der Seite Netzpolitik.org veröffentlicht.[6] Es gibt einen weiteren Text-Entwurf aus dem Februar 2012, der an die Öffentlichkeit durchgesickert ist.[7]

Gesetzgebungsprozess

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die EU-Kommission. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- Karel de Gucht, EU-Handelskommissar,
- Philipp Dupuis, stell. Hauptverhandlungsführer
- Mauro Petriccione, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Karel de Gucht vollzog 2015 einen Seitenwechsel in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.[8]

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister Stephen Harper. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- Ed Fast, Minister für Internationalen Handel
- Steve Verheul, Hauptverhandlungsführer
- Ana Renart, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der Europäischen Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).
40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.[9]

Chronologie der Verhandlungen

Bereits 1976 vereinbarten die EU und Kanada, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen: In der Folge gab es eine Vielzahl einzelner Abkommen. Seit 2008 wird immer deutlicher, dass beide Parteien ein umfassendes Freihandelsabkommen anstreben.[10]

Monat/ Jahr	Inhalt	Quelle
Oktober 2008	Die EU und Kanada erstellen eine gemeinsame Studie, welche in ihren Grundsätzen den Beginn der Verhandlungen unterstützt.	[11]
März 2009	In einem gemeinsamem Report werden die erhofften Potenziale eines Freihandelsabkommens darlegt.	
Mai 2009	Die Verhandlungen zu CETA werden im Rahmen des Kanada-EU-Gipfels in Prag (Tschechien) angekündigt.	
Oktober 2009	Die erste Verhandlungsrunde startet in Ottawa (Kanada). Es werden ein Zeitrahmen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen festgelegt.	
Dezember 2010	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich zu einer Bestandsaufnahme.	
Oktober 2011	Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	
November 2012	Der europäische sowie der kanadische Handelsminister treffen sich in Brüssel (Belgien), um eine weitere Bestandsaufnahme zu ziehen und über die verbleibenden Themen zu diskutieren.	
Februar 2013	Der europäische sowie der kanadische Handels- und Landwirtschaftsminister verhandelten in Ottawa über die letzten ausstehenden Themenbereiche.	
Oktober 2013	EU-Kommissionspräsident Barroso und Premierminister Harper verkünden, dass beide Seiten eine Einigung über CETA erzielt haben.	
25. September 2014	offizielle Vorstellung des CETA-Verhandlungstextes während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa	

Ratifizierung

Bis CETA in Krat treten kann, sind weitere Schritte notwendig. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich im September 2014 bei ihrer Anhörung im EU-Parlament dagegen aus, den vorliegenden Entwurf noch einmal nachzuverhandeln.[12]
Am 25. September 2014 sollen EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premierminister Harper das Akbommen offiziell bekannt geben; anschließend beginnt die Ratifizierung. Sicher ist, dass auf Seiten der EU sowohl das Europäische Parlament wie auch der Ministerrat zustimmen müssen.[13]
Unklar ist bislang noch, ob die Parlamente in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten den Vertrag ebenfalls ratifizieren müssen. Hierüber ist ein Streit zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission entbrannt. Während die EU-Kommission dies nicht für nötig erachtet, vertritt der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags eine gegensätzliche Ansicht. Da das Abkommen auch Bereiche umfasse, die der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen, sei es ein „gemischtes Abkommen“, dem der Bundestag per

Gesetz zustimmen müsse.[14] Diese Haltung wird von einem weiteren Rechtsgutachten gestützt, dass von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben wurde. [15]
Auch ein Rechtsgutachten das von attac in Auftrag gegeben wurde kommt zu dem Schluss, dass die EU keine alleinige Kompetenz zum Abschluss des CETA hat. Es gibt Bereiche in denen die Verbandskompetenz der EU problematisch ist, z.B. der Investitionschutz, Verkehr, Schutz des geistigen Eigentums etc. Zudem etabliert CETA einen administrativen Unterbau, das CETA Joint Commitee und eine Reihe spezialisierter Ausschüsse. Es ist fraglich ob dies mit der Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten vereinbar ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der EU für zahlreiche Bereiche des CETA die Reglungskompetenz fehlt und sie weiterhin den Mitgliedsstaaten zufällt. Dies gelte vor allem für die Einrichtung der Regulierungsausschüsse, solange die Mitgliedsstaaten nicht repräsentiert sind. Diese Problematik könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass die Mitgliedsstaaten CETA im Europäischen Rat zustimmen. Die Kompetenzverteilung stehe nicht zur Disposition der Vertragsparteien.[16]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteueren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.[17]
Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.[18] Kandadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Havard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.[19]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung

betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.[20]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.[21]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das Trade Justice Network befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzliche in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.[22]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation WWF hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.[23]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustitzministerin Herta Däubler-Gmelin legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.[24]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche Interessensvertreter angehört. Kritiker bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbysiten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.[25]
Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)" konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul

und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.[11] Die EU gibt so gut wie keine Informationen über die Verhandlungen heraus. Auf der Webseite des Generaldirektorats finden sich lediglich allgemeine Informationen. Es gibt nicht einmal eine Chronologie der Verhandlungen oder allgemeine Informationen zu den Treffen zwischen Unterhändlern der EU und Lobbyisten.[26] Der Text des Vertrages ist immer noch nicht für die Europa-Parlamentarier einsehbar. Däubler-Gmelin weist darauf hin, dass den deutschen Bundesländern nur eine sehr kurze Zeit für Stellungnahmen eingeräumt wurde, obwohl der Text gravierend in ihre Zuständigkeiten und Rechte eingreife. Sie weist ferner darauf hin, dass bei zukünftigen Gesetzgebungen die Staaten dazu verpflichtet werden sollen, umfassend über ihre Gesetzgebung zu informieren - und so der Einfluss von Lobbyverbänden gestärkt werden soll. Dies beschreibt sie als Widerspruch zu der mangelnden Transparenz bei den jetzigen Verhandlungen.[27]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von Businesseurope, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der kanadischen Handelskammer für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten.Ein weiterer Akteur ist das European Services Forum (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der Canada-EU Roundtable for Business, der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.[28]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt EU-Canada Partnership zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups" und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network" entgegenwirken. Dabei sollen „success stories" im Mittelpunkt stehen.[29]
- Die Kanzlei Dentons Canada LLP betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.[30] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont. [31][32]
- Die Kanzlei Miller Thomson LLP organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.[33][34] Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[35]
- Auch die Kanzlei Blakes ist ein offizieller Sponsor der EU-Canada Partnership.[36] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.[37]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem geleakten CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, dass unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst. Man spricht hier vom sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Aktuell laufen weltweit rund 500 solcher Verfahren.

Peter Fuchs, Vorstand im Verein PowerShift, hat die Regelungen umfassend und kritisch analysiert.[38] Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.[24] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.[39] Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt. Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.[40] Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsakommens TTIP hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.[41][27] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.[42]

Studien

Pro CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06/2011	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al.	[43]
02/2011	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis	[44]
10/2008	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership		EU-Kommission und Regierung Kanadas	[45]

Contra CETA

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
12/2014	Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union	World Wide Fund For Nature Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[46], [47], [48]
11/2014	Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[49]
10/2014	Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[50]
09/2014	Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreemen	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[51]
08/201				

Monat/Jahr	Studie	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
4	Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[52]
10/2012	CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[53]
07/2012	The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement	The Council of Canadians	Stuart Trew	[54]
10/2010	Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy	Canadian Centre for Policy Alternatives	Jim Stanford	[55]
04/2010	Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair	[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Seite des Bundeswirtschaftsministeriums, gesehen am 05.05.2015
2. ↑ Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
3. ↑ Consolidated CETA Text Webseite der Europäischen Kommission, 26.09.2014, zulsetzt abgerufen am 30. September 2014
4. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Auf dem Weg in die Paralleljustiz, Nachricht vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 15. August 2014
5. ↑ NOTE FOR THE ATTENTION OF THETRADE POLICY COMMITTEE SUBJECT: CETA Consolidated text, PDF-Dokument auf Tagesschau.de vom 13.08.14, ARD, abgerufen am 14. August 2014
6. ↑ Europäisch-Kanadisches Freihandelsabkommen: Wir veröffentlichen sämtliche geheime CETA-Dokumente Netzpolitik.org, zuletzt besucht am 17. September 1014
7. ↑ Canada-EU CETA Draft Consolidated Text, Februar 2012, abgerufen am 11. September 2014
8. ↑ LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht, gesehen am 05.05.2015
9. ↑ CETA negotiators, La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 20. März 2014
10. ↑ Countries and regions: Canada, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 20. März 2014

11. ↑ [11,011,1] Canada Reaches Historic Trade Agreement with the European Union, Nachricht vom 18.10.13, Regierung Kanadas, abgerufen am 13. März 2014
12. ↑ Freihandelsabkommen: Malmström gegen Nachverhandlungen bei Ceta, Der Tagesspiegel, 29.09.14, abgerufen am 30. September 2014
13. ↑ EU-Canada free trade deal 'opens door to environmental lawsuits', EurActiv, 11.02.14, abgerufen am 11. März 2014
14. ↑ Freihandelsabkommen mit Kanada: Eine gefährliche Blaupause, von Malte Kreutzfeldt, taz, 10.03.14, abgerufen am 11. März 2014
15. ↑ EU-Freihandelsvereinbarung mit Kanada: Bundestag soll über CETA abstimmen, tagesschau.de, 22.9.2014, abgerufen am 30. September 2014
16. ↑ CETA-Rechtsgutachten attac, abgerufen am 04.11.14.
17. ↑ Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW, gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
18. ↑ Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations, zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
19. ↑ CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade, von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
20. ↑ [1], Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
21. ↑ [21,021,1] Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services, von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
22. ↑ CETA and Services, von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
23. ↑ Freihandel auf Kosten der UmweltPressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
24. ↑ [24,024,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
25. ↑ ABOUT CETA, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
26. ↑ EU-Kommission: Countries and regions Canada, angerufen am 15. 9. 2014
27. ↑ [27,027,1] CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 1 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit, 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
28. ↑ CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations, The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
29. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
30. ↑ Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) seminar, dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
31. ↑ Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
32. ↑ It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations, Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014
33. ↑ Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP, abgerufen am 24. Juni 2014
34. ↑ Veranstaltungshinweis des Canadian International Council, abgerufen am 24. Juni 2014
35. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014
36. ↑ Internetpräsenz der EU-Canada Partnership, abgerufen am 24. Juni 2014

37. ↑ Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes, abgerufen am 24. Juni 2014
38. ↑ CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie Peter Fuchs im Blog von Campact. 28. August 2014, zuletzt aufgerufen am 14. September 2014
39. ↑ Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?, Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
40. ↑ Schattenjustiz: Im Namen des Geldes, Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
41. ↑ Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt, von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
42. ↑ Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
43. ↑ A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada, vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
44. ↑ The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions, von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
45. ↑ Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership, gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
46. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, ausführlich), aufgerufen am 17. März 2015
47. ↑ Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union (Deutsch, kurz), aufgerufen am 17. März 2015
48. ↑ Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union, aufgerufen am 17. März 2015
49. ↑ Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, aufgerufen am 19.11.2014
50. ↑ Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada, aufgerufen am 31.10.2014
51. ↑ Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
52. ↑ [2], von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
53. ↑ CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade?, von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
54. ↑ The CETA Deception: How the Harper government’s public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
55. ↑ Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy, von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014